



N i e d e r s c h r i f t

über die 12. öffentliche Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit in der Wahlperiode 2023/2027 am 01.06.2026

Sitzungsraum: Stadthaus 1, Raum 237, großer Sitzungsraum
Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 17:00 Uhr

Teilnehmer/innen:

Herr Oberbürgermeister Grantz
Herr Stadtrat Skusa

Entschuldigt

SPD-Fraktion

Frau Stadtverordnete Batz
Frau Stadtverordnete Böttger-Türk
Herr Stadtverordnetenvorsteher Haaren von
Herr Stadtverordneter Hoffmann
Frau Stadtverordnete Kirschstein-Klingner
Herr Stadtverordneter Ofcarek

Vertretung für Herrn Hoffmann
Vertretung für Frau Kirschstein-Klingner
Entschuldigt
Entschuldigt

CDU-Fraktion

Frau Stadtverordnete Köhler-Treschok
Frau Stadtverordnete Milch
Frau Stadtverordnete Steinbach

BD-Fraktion

Herr Stadtverordneter Timke, MdBB

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN + P

Herr Stadtverordneter Baumann-Duderstaedt

AfD-Gruppe

Herr Stadtverordneter Jürgewitz

FDP-Fraktion

Herr Stadtverordneter Freemann

Fraktion DIE MÖWEN

Herr Stadtverordneter Secci

Einzelstadtverordnete Claudia Baltrusch

Frau Stadtverordnete Baltrusch

Einzelstadtverordneter Torsten Neuhaus

Herr Stadtverordneter Neuhaus

Weitere Teilnehmer:

Direktor Ortpolizeibehörde:
Bürger- und Ordnungsamt:
Feuerwehr:

Herr Ortgies
Herr Herbrig
Herr Cordes

Protokollführung:

Bereich Polizei
Bereich Feuerwehr

Frau Berndt
Frau Schmonsees

Herr Stadtrat Skusa begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung um 16:00 Uhr. Er stellt fest, dass die Sitzungsunterlagen fristgerecht zugegangen sind und der Ausschuss für öffentliche Sicherheit beschlussfähig ist. Herr Skusa kündigt die Tischvorlage unter dem Tagesordnungspunkt Verschiedenes Polizei an. Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit stimmt der veränderten Tagesordnung einstimmig zu.

1. Einwohnerfragestunde

Keine.

2. Bereich Polizei und Feuerwehr

2.1. Genehmigung der Niederschrift der 11. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für öffentliche Sicherheit am 10.03.2026 **I/XI 5/2026**

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit genehmigt die Niederschrift in der vorgelegten Fassung mit vier Enthaltungen, Frau Böttger-Türk und die Herren von Haaren, Timke und Baumann-Duderstaedt.

2.2. Sachstandsbericht gem. § 49 Abs. 2 GOSTVV **I/XI 6/2026**

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht in der vorgelegten Fassung zur Kenntnis.

3. Bereich Polizei

3.1. Anfragen

Keine.

3.2. Anträge

Keine.

3.3. Änderung Ortsgesetz öffentliche Ordnung hinsichtlich Ablage von Werbematerialien **I 5/2026**

Herr Freemann erläutert, dass sich im Stadtgebiet regelmäßig beobachten lässt, dass sich Zeitungen, Anzeigenblätter oder sonstige Werbe-Druckerzeugnisse durch Wind und Witterung im Stadtgebiet verteilen und auf Gehwegen, Grünflächen oder am Straßenrand landen und herumliegen. Mit dieser Vorlage soll geregelt werden, dass diese Druckerzeugnisse so gelagert werden müssen, dass sie nicht unkontrolliert in den öffentlichen Raum gelangen. Hier sollen diejenigen, die diese Druckerzeugnisse auslegen oder auslegen lassen, die Verantwortung dafür tragen müssen und ggf. auch für deren Beseitigung sorgen. Aus Sicht der Koalition handelt es sich hierbei um eine vernünftige Regelung und signalisiert die Zustimmung dieser Vorlage.

Herr Timke befürwortet diese Vorlage und richtet die Frage an Herrn Freemann, wie sich das praktisch darstellen soll und wie dann die Strafen aussehen werden. Herr Freemann sieht hier die Verantwortlichen der ausgelegten Druckerzeugnisse in der Pflicht, sich vorher Gedanken darüber zu machen, wo sie diese Zeitungen u.s.w. geschützt ablegen könnten. Herr Herbrig ergänzt, dass durch diese Regelung nun das Bürger- und Ordnungsamt die Möglichkeit hat, Verursacher festzustellen. Darüber hinaus ist im Ortsgesetz geregelt, dass die Ablage von Druckerzeugnissen an

öffentlichen Stellen künftig nur noch mit einer Sondernutzungserlaubnis erfolgen darf, welche auch entsprechend Auflagen beinhaltet. Höchstgeldbußen sind im Ortsgesetz ebenfalls geregelt. Im Bereich Verwarnungsgeld soll dies allerdings nicht bleiben, dafür ist die Verschmutzung zu groß. Geplante Kontrollen durch den Ordnungsdienst sollen an allen Tagen in der Woche erfolgen.

Der Ausschuss für öffentliche Ordnung beschließt den als Anlage beigefügten Entwurf der Änderung des Ortsgesetzes über die öffentliche Ordnung und bittet den Magistrat und die Stadtverordnetenversammlung um gleichlautende Beschlussfassung. Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit stimmt dem Beschluss einstimmig zu.

3.4. Verschiedenes Polizei

3.4.1. Tischvorlage - Mündlicher Bericht über den Einsatz von Polizei und Ordnungsamt sowie über die festgestellten Verstöße gegen die Parkordnung im Speckenbütteler Park an den Pfingsttagen **I 6/2026**

Herr Ortgies berichtet über das Einsatzgeschehen an den Pfingsttagen u. a. im Speckenbütteler Park. Nach gemeinsamer Einschätzung mit dem Bürger- und Ordnungsamt und auch nach Aussage der Schutzpolizei war die Lage insgesamt als ruhig zu bewerten. Herr Herbrig ergänzt hierzu, dass die Personen, die man vor Ort angesprochen hat, zugänglich waren und die regelmäßigen Kontrollen in den Parks als positiv bewertet wurden. In Bezug auf die Kennzeichnung der Grillzonen im Speckenbütteler Park wird noch nachgebessert. Eine weitere Erhöhung der Anzahl an Müllbehältern in den Parks wird als notwendig erachtet und gemeinsam mit dem Gartenbauamt und den Entsorgungsbetrieben in die Wege geleitet.

Herr Jürgewitz möchte wissen, wer zuständig ist für die ebenso starke Verschmutzung am Deich ist. Bremenports ist hierfür zuständig, antwortet Herr Herbrig. Darüber hinaus merkt Herr Jürgewitz an, dass am Deich, in den Fußgängerzonen am Wasser ständig Radfahrer und E-Scooter Fahrer diese Bereiche passieren und sieht hier Handlungsbedarf bei den Kontrollen und auch bei der Beschilderung. Herr Herbrig nimmt das Anliegen von Herrn Jürgewitz auf und leitet dies an Bremenports weiter.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den mündlichen Bericht zur Kenntnis.

Herr Ortgies erläutert, dass der Presse zu entnehmen war, dass die Senatorin für Inneres und Sport zusammen mit dem Landeskriminalamt Bremen zu den Ergebnissen der Sicherheitsbefragung des Landes Bremen 2025 berichteten. Diese Veröffentlichung sollte in Abstimmung mit der Verwaltung mit einer gemeinsamen Veröffentlichung mit den Ergebnissen aus Bremerhaven in der Presse erscheinen. Dies ist seitens des Hauses Inneres nun bereits in der letzten Woche geschehen. Es ist beabsichtigt, die Mitglieder der Deputation für Inneres sowie die Mitglieder dieses Ausschusses diese Unterlagen zur Verfügung zu stellen, sobald uns diese vorliegen. Darüber hinaus ist im nächsten Ausschuss für öffentliche Sicherheit einen Vortrag vorgesehen. Hier wird der Leiter Führungsstab, Herr Marc Tiedemann, zu den Ergebnissen der Bevölkerungsbefragung mit dem Schwerpunkt Bremerhaven berichten.

4. Bereich Katastrophenschutz

4.1. Anfragen

Keine Anfragen.

4.2. Anträge

Keine Anträge.

4.3. Katastrophenschutzübung 2026

**KatS - I
2/2026**

Frage von Herrn Jürgewitz: Werden die Mitglieder dieses Ausschusses zu dieser Katastrophenschutzübung eingeladen?

Antwort von Herrn Cordes: Wie in der Vorlage, im letzten Satz, Gäste Einladung erfolgt zeitnah.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt die Information zur Katastrophenschutzübung zur Kenntnis.

4.4. Sachstandsbericht Handlungsfelder und Perspektiven im Katastrophenschutz

**KatS - I
3/2026**

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

4.5. Verschiedenes Katastrophenschutz

Keine Wortmeldungen.

5. Bereich Feuerwehr

5.1. Anfragen

Keine Anfragen.

5.2. Anträge

Keine Anträge.

5.3. Erweiterung der Organisationsuntersuchung IRLS aus 2024

XI 7/2026

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

5.4. Sachstandsbericht FRW Überseehafen

XI 8/2026

Frage von Herrn Jürgewitz: 14,4 Millionen Euro sind als Kosten für das Bauvorhaben genannt worden und wovon die Stadt Bremerhaven durch Verpflichtungsermächtigung 9 Millionen Euro trägt und Bremen den Rest. Dies hätte umgekehrt sein müssen, weil wir hier den Job für die Bremer mit der Feuerwehr Überseewache mit erledigen. Es erscheint, als seien wir unterfinanziert. Wie ist das entstanden?

Antwort von Herrn Cordes: Es gibt einen „Letter of Intent“ – eine Absichtserklärung – zwischen dem Senator für Wirtschaft und Häfen und der Stadt Bremerhaven, dieses Ergebnis haben wir in dieser Runde vorgestellt – wir haben die Verteilerquote verwendet mit der derzeit sich insgesamt Bremen auf Grund des Hafenvertrages an den Bremerhavener Investitionen beteiligt.

Der Ausschuss für öffentliche Sicherheit nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

5.5. Verschiedenes Feuerwehr

Keine Wortmeldungen.

Vorsitzender Bereich Polizei

Skusa
Stadtrat

Schriftführerin Bereich Polizei

Berndt

Vorsitzender Bereich Feuerwehr

Skusa
Stadtrat

Schriftführerin Bereich Feuerwehr

Schmonsees